

## **Minen-Problematik in der Prälatur Sicuani/Perú** *Nachhaltige Entwicklung – Menschenrechte und Bergbau*

**Regina Riedel**  
11/2005

Seit Anfang 2005 gibt es eine neue Herausforderung für die Sozialpastoral in unserem Bistum Sicuani und vor allem für die Gemeinden in den Provinzen Espinar und Chumbivilcas. Durch die steigende Nachfrage von Metallen im asiatischen Kontinent und vor allem in China haben sich die Preise für Kupfer, Gold, Eisenerz, etc. in den vergangenen 4 Jahren auf dem Weltmarkt fast verdoppelt, wodurch der Bergbau wieder ein äusserst lukrativer Wirtschaftszweig geworden ist. Im ganzen Andengebiet, im Süden Perús vor allem in den Regionen Apurimac und Cusco, und dort in den Provinzen Espinar und Chumbivilcas gibt es sehr grosse Metallvorkommen.

In der peruanischen Gesetzgebung gibt es eine konfliktive Eigentumsregelung: Landbesitzer sind Eigentümer des Landes bis zu einem Meter Tiefe, und für den darunterliegenden Untergrund hat der Staat die Besitzrechte. Das Bergbauministerium kann somit die Schürfsrechte an Konzerne vergeben ohne die Landbesitzer zu informieren. In den Anden haben die Dörfer Gemeinschaftseigentum, d. h. die Dorfgemeinschaften haben die Besitztitel und die einzelnen Familien das Nutzungsrecht über die Ländereien.

Wie sieht das nun konkret in Chumbivilcas und Colquamarca aus? In der Gemeinde Quiñota in der Provinz Chumbivilcas erschienen im Mai dieses Jahres 2005 Ingenieure mit verschiedenen Vermessungsgeräten, mit Baumaschinen und mit einem Dokument mit Schürfsrechten und begannen 1000 Ha. Land zu vermessen, das von 38 Familien als Naturweideland genutzt wurde. Ohne mit dem Gemeindevorstand zu sprechen, haben die Ingenieure die einzelnen Familien besucht und ihnen eine gutbezahlte Arbeit versprochen, wenn sie mit der Vermessung und Nutzung der Ländereien durch den Konzern Newmont einverstanden seien. Die Familien haben zugestimmt. Das Dorf ist weiterhin Eigentümer, aber die Familien haben das Nutzungsrecht abgegeben. Seit Oktober werden wöchentlich 10 Jugendliche für Vermessungsarbeiten angestellt und erhalten 25 soles Tageslohn (ca. 6 Euro). Der übliche Tageslohn in Chumbivilcas beträgt 6 soles.

Ähnliches passierte in den Dörfern Ingata und Huinquiri der Gemeinde Colquamarca im Juni durch den Konzern MAPSA, und im August in einem Dorf zwischen Colquamarca und Velille durch den Konzern BHP Billiton-Tintaya, das Unternehmen, das seit 1994 Kupfer in der Provinz Espinar abbaut.

Auf der Pastoralkonferenz der Provinz Chumbivilcas im August 2005 wurde diese Problematik von Antonio, dem Verantwortlichen der Pfarrei Colquamarca, angesprochen und nach längerer Debatte wurde das Menschenrechtsbüro des Bistum (Vicaría de Solidaridad) beauftragt, beim Bergbauministerium Informationen über die genehmigten Schürfsrechte zu beantragen. Anfang November, nachdem befreundete Institutionen in Lima Druck gemacht hatten, haben wir nun das Ergebnis für die 4 Provinzen, die zu unserem Bistum gehören: In Canchis 61 Genehmigungen für 25 000 ha, in Canas

42 Genehmigungen für 22 000 ha, in Espinar 212 Genehmigungen für 180 000 ha und in der Provinz Chumbivilcas 462 Genehmigungen für 310 000 ha (das sind 60% der Gesamtfläche der Provinz). Die Bevölkerung ist darüber nicht informiert. Wir können es noch gar nicht fassen und haben eine Litanei von Fragen:

- Was passiert mit den 75 000 Einwohnern von Chumbivilcas?
- Was passiert mit den 68 000 Menschen von Espinar?
- Was passiert mit den Wasservorräten (Flüsse, Seen, Quellen)?
- Was wird aus der Land- und Viehwirtschaft?
  
- Ist eine nachhaltige ländliche Entwicklung in einem Bergbaugebiet überhaupt möglich?
  
- Welche Zukunft haben die Projekte zur ländlichen Entwicklung der Sozialinstitute des Bistums und anderer NGOs?
  
- Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Bergbaupolitik der Regierung und ihrer Entscheidung, auf jeden Fall noch in diesem Jahr das Freihandelsabkommen mit den USA zu unterschreiben?
  
- Welche Rechte haben die Bevölkerung und die Kommunen bei Entscheidungen über die Entwicklung in ihren Provinzen?
  
- Wie nehmen wir in dieser Situation unsere Aufgaben als Christen und Kirche wahr?
  
- Kann man Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung und Bergbau harmonisieren?

Am 11.11.2005 nahm ich (Regina) in Cusco an einem Seminar zum Thema "Menschenrechte und Bergbau" teil. Dort informierte man uns über die Praktiken der Bergbaukonzerne im Norden und Zentrum Perús. Alle grossen Mineralvorkommen befinden sich in den Anden und zwar in den Regionen mit den höchsten Armutsindikatoren. Dort entstehen Inseln des Reichtums inmitten bitterster Armut und Unterentwicklung. Nach den bisherigen Erfahrungen haben weder die Unternehmen noch der Staat ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrgenommen. Der rechtliche Sitz dieser Unternehmen ist immer Lima, somit zahlen sie dort auch ihre Steuern, und nur ein sehr kleiner Prozentsatz dieser Steuern kommt für Entwicklungsaufgaben in die entsprechenden Regionen oder Provinzen zurück. Überall kommt es zu Korruption, Bürgermeister, Führungskräfte von Volksorganisationen und Eigentümern von Kommunikationsmitteln (vor allem lokalen Radiostationen) werden bestochen. Standhafte Personen oder Organisationen werden verleumdet oder mit falschen Anschuldigungen rechtlich belangt. In Piura, im Norden Perús, wurden sogar ein Bischof und eine internationale NGO (Oxfam) des Terrorismus beschuldigt, nachdem sie die Bevölkerung bei der Verteidigung ihrer Grundrechte auf Wasser und Umweltschutz unterstützt hatten.

Im Seminar erhielten wir Informationen über die Möglichkeiten zur Verteidigung der Grundrechte der Bevölkerung gegenüber den Konzernen: Recht auf Information, auf

Trinkwasserversorgung, auf Einhaltung von Mindestnormen zum Umweltschutz, etc. Ausserdem besprachen wir mit Organisationen und Institutionen die Möglichkeit "Runde Tische" mit Regierungsvertretern und Konzern anzuregen.

Wir stehen vor völlig neuen Herausforderungen und müssen uns dieser Situation stellen. Auch die Bevölkerung ist verunsichert und kann sich die Folgen dieser politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen kaum vorstellen.

Anfang Oktober 2005 sprachen Jugendliche des Distrikts Quiñota mit einem Mitarbeiter meiner Institution "Programme Arbeit und Jugend" (PEJ) und baten ihn, das Programm der Andenschule der Institution zu ändern: Statt einer Berufsausbildung in Land- und Viehwirtschaft hätten sie lieber eine Ausbildung als Elektriker oder Mechaniker, um evtl. eine Arbeit in den Bergwerken zu bekommen. Die jungen Leute wissen nicht, dass die Unternehmen kaum Arbeiter aus der Umgebung anstellen, um bei Protesten Solidarität zwischen der Bevölkerung und den Arbeitern zu vermeiden. In der Kupfermine Tintaya, in der Provinz Espinar, sind von 750 Arbeitern und Angestellten nur 62 aus der Provinz.

#### **Unsere ersten Überlegungen und Pläne:**

1.- Auf der Pastorkonferenz vom 23. – 25. November 2005 werden alle kirchlichen Mitarbeiter informiert, und es sollen klare pastorale Richtlinien für eine Minen-Pastoral (pastoral minera) erarbeitet werden.

2.- Ab 1.12. 2005 werden wir (die Pfarreien der Provinzen Espinar und Chumbivilcas, Vicaría de Solidaridad, PEJ und Caritas) die uns zur Verfügung stehenden Informationen an die Bauerngewerkschaften, Frauenorganisationen, Jugendverbände und Kommunalregierungen weitergeben. In den kirchlichen Radiosendungen werden wir die Problematik ansprechen und gemeinsame Aktionen anregen.

3.- Leitern von Basisgemeinden und Führungskräften von Volksorganisationen möchten wir eine "Bildungsreise" nach Huancayo, Bambamarca und Piura ermöglichen, damit sie dort Kontakt aufnehmen können zu Verantwortlichen der Minenpastoral und Erfahrungen austauschen können.

4.- In den Provinzen Espinar und Chumbivilcas sollen Büros für pastoral minera eingerichtet werden, wo jeweils ein Rechtsanwalt und ein Spezialist für Umweltfragen tätig sein werden.